

Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Leipzig. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Sanatorium: Geb. Wimholz, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Druckgolds monatlich 6.00 M., durch die Post jährlich 18.00 M., unter Ausland nur Deutschland monatlich 8.50 M. S. genannter 80 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftsjahr von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die geschaltete Röntgenzeitung 2.00 M., Familienzeitungen 1.50 M., die geschaltete Zeitung 6.50 M. Bei mehrmaliger Anzeige Verminderung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Zahlung am vorgeschriebenen Tag. Für Briefanlieferung 30 Pf.

Nr. 177

Dresden, Dienstag den 3. August 1920

31. Jahrg.

Gefahren der Reichswehrvorlage

Im Reichstag ist am Freitag die allgemeine Wehrpflicht und mit ihr die alte Armee endgültig begraben worden, aber die Vertreter der Rechten arbeiten bereits tapfräufig daran, ihren Geist möglichst unverändert auf die neue Soldatenarmee der Republik zu übertragen. In diesem Sinne bedeutet die Vorlage eines neuen Reichswehrgesetzes für sie einen durchschlagenden Erfolg.

Der Sinn der neuen Reichswehrvorlage ist kurz gefasst folgender: Jeder Einfluss der Republik, der republikanischen Verbündeten, des republikanischen Gesetzes, der Bürglichkeit auf die neue Armee soll ausgeschaltet werden. Nur ein Einfluss steht bestehen, der Einfluss der militärischen Elitärer, und da diese mit verschwindenden Ausnahmen reaktionär sind, so bedeutet die Reichswehrvorlage lediglich Endes nichts anderes als die endgültige Umgestaltung der Reichswehr zu einem willkürlichen Werkzeug in den Händen der Rechten.

In § 15 des Gesetzentwurfes wird das Eingreifen der Reichswehr bei Unruhen geregelt, und zwar in der Weise, daß der die zu treffenden Maßnahmen allein der militärischen Oberbefehlshaber unter eigener Verantwortung zu bestimmen hat. Auf diese Weise wird die Einrichtung der Zivilministerialen, so gleichermaßen die einzige seit den Kapp-Tagen gewollte Sicherung gegen reaktionäre Umläufe, wieder bestätigt. Generalleutnant Schöpke, der als konfessioneller Militärschaftsteller, der die neue Reichswehrvorlage im Militärmagazinblatt bespricht, sucht diese Maßnahme mit zu wählenden Schwierigkeiten bei der Entwicklungszugang zu erläutern. Das Reichswehrgebot wird erst im Herbst bestimmt werden und dürfte frühestens im Oktober in Kraft treten. Bis dahin muß nach dem Willen der Entente die Entwicklung längst durchgeführt sein. Also gerade unter der Aktion des neuen Reichswehrgesetzes wird man nicht mehr mit militärisch so gefährlichen Auseinandersetzungen der Zivilbevölkerung zu rechnen haben wie heute.

Die Untertragung jeder politischen Betätigung für die Reichswehrangehörigen in dem General natürlich eine Selbstverständlichkeit. Er leistet sich aber ein kleines Verdrehungsmaßstab, wenn er von "Berechtigung auf politische Betätigung innerhalb des Dienstbereichs" redet. Die Vorlage unterstellt an Reichswehrangehörigen die Zugänglichkeit zu politischen Versammlungen und die Teilnahme an politischen Versammlungen ohne jede Einschränkung, also auch außerhalb des Dienstbereichs! (§ 32) Selbst die Vereinigung zu nicht-politischen (wirtschaftlichen und Bildungs-) Zwecken macht die Vorlage von der Genehmigung der Vorgelegten abhängig! Und gleichzeitig gibt sie den Vorgelegten auch noch das Recht, dem einzelnen Soldaten jede nichtgewölbliche Nebenbeschäftigung untersagen.

Auch mit der Einführung des Holzabfallkonsenses, der die Beschilderung an die Genehmigung der Vorgelegten bindet (§ 29), ist der General sehr einverstanden.

Auch das willkürliche Entlassungsrecht der Vorgelegten, wenn ein Mann nach ihrer Ansicht nicht mehr die "nötige Entfernung" besitzt (§ 19a), ist eine Wonne für ihn, den unsicheren Beschwerderweg, der dagegen gegeben ist, obwohl er sogar noch dadurch weiter eingeschränkt wird, daß ein unbedeuteter Beschwerde-Verstrafung des Beschwerderwegs erfolgen soll. Über die Tatsache, daß der Rechtsweg zur Erlangung ihrer materiellen Ansprüche den Soldaten so verbarrikadiert wird, daß er einer Verfolgung des Rechtsanspruchs gleichkommt, schweigt sich der General aus. Aber er wundert sich über die ungünstige Anzahl der Beschwerden!

Noch eine weitere sehr schwere Gefahr droht der Entwurf: Nach den Verklamungen des Versailler Vertrages dürfen höchstens fünf Prozent der Mannschaften jährlich entlassen werden. Heute noch existieren in der Reichswehr geschlossene Formationen, die aus ihrer gegenrevolutionären Bestimmung in den Kapp-Tagen sehr heft gemacht haben. So ist allein in die Marine 2000 Mann der Brigade Schöpke, 3000 Mann der Brüder Löwenfeld bei einer Gesamtstärke von 15 000 Mann aufgenommen worden. Tritt das Reichswehrgebot in Kraft, so wird auch jeder künftigen Regierung die Ausscheidung dieser Elemente unmöglich sein. Deshalb scheint es dringend notwendig, eine Bestimmung zu fordern, wonach Angehörige solcher Truppenverbände, die gegen die Regierung gemeuerter haben, nicht in die neue Reichswehr eingestellt werden dürfen, abgesehen von solchen, die durch die Tat ihr Anteil verstanden mit der Meuterel betrieben haben.

Wieder ist im Strom der Ereignisse die Reichswehrvorlage trotz ihrem teilweise unantastbaren Inhalts von der Öffentlichkeit noch gar nicht beachtet worden. Abgesehen von der sozialdemokratischen Presse und militärischen Hochstiftungen hat noch kein einziges Blatt seitlich zu ihr Stellung genommen. Auch die demokratische Presse ist, vielleicht um Herrn Schöpke zu schonen, sich bisher ausgeschwiegen. Um so notwendiger ist es, orangefärbtes der drohenden Gefahr rechtzeitig Alarm zu schlagen.

Das Amnestiegesetz

Aus Berlin wird uns geschrieben:

„Zon seit einigen Tagen lädtigen die Redner aller Parteien klare Abrechnung an, wenn sie von der Notwendigkeit eines Amnestiegesetzes sprechen. Deutlich liegt der Entwurf dieses so genannten Gesetzes dem Reichstag vor — oder besser liegen die Pläne dem hohen Hause vor. Nicht weniger als drei recht ver-

Gegen die Resolution zur Schuldsfrage

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 3. August. Die Resolution des Ausschusses des Genfer Internationalen Sozialistengenktes über die Kriegsschuldsfrage hat innerhalb der mehrheitssouveränen demokratischen Reichstagsfraktion lediglich bestreitende Verbrechen herverufen. In dieser Resolution wird lediglich Deutschlands Schuldsfrage schärfend. Da Schuldsfrage der Untergangsregierung wird über mit keinem Wort erwähnt. Man hält es für ausgeschlossen, daß die englischen und französischen Delegationen ihre Zustimmung geben werden. Der Ausschuss wird bestreiten, daß die Zustimmung der deutschen Delegation zum Genfer Kriegsschuldsvertrag als unmöglich, da die deutsche Regierung andere Länder nicht geöffnet und beschworene Unstabilität über die Schuldsfrage ganz einseitig und ungerecht wäre.“

Genf, 3. August. Die Resolution zur Schuldsfrage wird, wie Scheidemann sofort mitteilt, der nächsten Tag in Genf angenommen ist, eine wesentliche Änderung erwartet, bevor ihr die deutsche Delegation zustimmen kann. Ob die Delegation dann damit einverstanden sein werden, ist eine andre Frage, die um so mehr an Bedeutung gewinnt, als ihre Handlung in der heutigen Sitzung des Sozialistengenktes gegen den Vorschlag der Kommission anerkannt werden sind.

Eigene Drahtmeldung

Genf, 2. August. In der um 2½ Uhr beginnenden Nachmittagssitzung des Internationalen Sozialistengenktes wurde die Erörterung über die Auffassung einzelner Delegationen fortgesetzt. Die russische Gruppe der Sozialrevolutionäre wohnt dem Kongress nur in der Eigenschaft als Guest bei. Außerdem erklärte nunmehr die sozialrevolutionäre Gruppe, daß seine Partei einiges nach Genf gekommen sei, um sich zu informieren. Die Sozialrevolutionäre Russlands könnten in Russland leicht nicht arbeiten infolge der Verfolgung durch die Bolschewisten. Darum könne ihre Partei eine endgültige Stellung zur sozialen Internationale nicht einnehmen. Die Russen seien der Auffassung, daß sie mit den deutschen und englischen Unabhängigkeiten wieder Rückung erhalten würden. Die Partei spreche sich gegen jede Unterstützung einer militärischen Intervention des Auslands in Russland aus.

England bewilligt den deutschen Kredit

London, 2. August. Das Unterhaus bewilligte einstimmig den Kredit für die nominelle Summe, die durch die in Spa getroffenen finanziellen Abmachungen vorgesehen ist. Washington Evans gab eine Darstellung der Abmachungen und sprach sich nochdrücklich gegen die Unterstellung aus, daß England dabei einen Profit mache. Lord George sagte, daß Womannen von Spa bedeute keine Veränderung der Politik, sondern sei die Politik des Verstoßes des Vertrages. Der Ausschuss, der Deutschland den Wiedergutmachungsentschuldigungen gewährt werde, entspreche den Vertragsbestimmungen. Die Einnahmen aus Verkäufen der England angestellten Schiffe würden England gutgeschrieben werden, während Frankreich seinen Anteil durch Kohlenlieferungen erhalten.

Eigene Drahtmeldung

Königsberg, 3. August. Der unausbalancierte Vormarsch der russischen Kriegsfürschwadronen bei der geringen Stärke des Widerstandes der Polen wird die Russen bald in den polnischen Korridor einrücken lassen. Nach Angaben russischer Offiziere ist das Ziel von Sowjetrußland, die alte russische Grenze herzustellen und die Polen aus dem Korridor zu vertreiben.

Eigene Drahtmeldung

Das russische Ziel

London, 2. August. Der Kriegsschuldsvertrag kommt ja doch nur aus eurer Sorge für die Kapp-Partei. Scharf werden er und der Unabhängige Dr. Herzfeld sich gegen jene noch nie in so nader Weise erkannte Kriegserdeigkeiten, doch allein im Südbereich am 2000 Kästlingen gegen Arbeitnehmer erhoben worden sind, davon fast 1000 durch außerordentliche Auseinandersetzungen bereits abgetrennt wurden — während bis heute noch nicht eine Beurteilung, ob diese Angabe gegen die Kapp-Verbündeten bestand, wurde; 15 000 glaubt der Unabhängige Kriegs- und Friedenskrieg zu können, die unter dieser ungerechten Justiz leben. 15 000 Arbeiter, die für ihre Republik für ihre Revolution eintraten, während nicht ein einziger im Untergrundhaft ist, der mit bewaffneter Hand gegen den Staat antritt.

Was die Bürgerlichen darauf erwidern, ist warme Diminutiv-Vorlage, der brave Rentnermann, jammert sehr lästig nach Ruhe und Ordnung. Dummer erfährt, daß er seinem demokratischen Freund Kapp doch verstoßen habe, auch die Amme des Räudele über zu erwarten, und erklärt, daß ohne diese Ausdehnung die Deutschen gegen das Kriegsummen müssen. (Andernfalls, den Herren kommt es doch gerade auf die Helden des Kapp-Krieges an.) Kahl, der kleine Kriegspartei, weitet im Praktiken der Liebesausübung gegen diese Verantwortung des Reichsinnenministeriums, der er mit dem kleinen Kahl nachweist, während er mit dem reichen, den freien Platz seines Freunden Louis erblicken, von polnischen Kommunisten spricht, die eine Amme sinnend machen. — Schiffer, der auch Demokrat, der es den Führern des Kapp-Krieges nie vergeben kann, daß sie um seinen Ministerkessel brachten, nimmt auf bestimmteste gegen die Amnestierung des führenden Stellvertreters.

Dann kommt der Herr Reichsjustizminister. In seiner unter Ablegung des unabhängigen und demokratischen Entwurfs,

Aus den Erzählungen der russischen Offiziere geht hervor, daß den ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die in der Novemberzeit mitkämpfen, es gestattet ist, in ihre alte Heimat waffenlos zurückzufahren. Deutsche Freiwillige, die sich bei der Roten Armee melden, werden angenommen. Die Zugehörung beträgt 80 Mark.

Russisch-finnische Friedensverhandlungen

Eigene Drahtmeldung

Warschau, 3. August. Ein Abkommensprogramm aus Warschau meldet: Nach zweitägiger Unterredung mitteilt die Sitzung der Friedenskonferenz zwischen Russland und Finnland wieder angetreten. Bei der Eröffnung erklärte der russische Vorsitzende, daß die Konferenz unterbrochen wurde, weil die finnische Delegation unannehmbare Bedingungen stellte. Wenn die finnische Delegation auch jetzt noch weiter auf die Direktive von Uusitalo einstehe, müsse die russische Delegation ihre Kompenationsforderungen aufnehmen.

Der Generalsstreit in Zittau

Eigene Drahtmeldung

Zittau, 3. August. Der Generalsstreit dauert an und hat sich gegen gestern noch verschärft. Die Stadt ist richtig verlaufen. Es herrscht vollkommen Arbeitsstillstand mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte. Die Polizei hat den Dienst wieder aufzunehmen dürfen. Der Eisenbahnbereich ist vollkommen eingestellt. Bahn nach Dresden, Löbau und Görlitz verschlossen. Eisenbahngesellschaft überwachen den Bahnhof und die Bahnanlagen. Auch die Waggonfabrik auf den Landstraßen wird kontrolliert und nur Lebensmittel dürfen in die Stadt herein. Die große Überlandzentrale liegt weiter still, so daß außer Zittau ein großer Teil der Bahn und der ganze Orlipfel von Sachsen ohne elektrische Bahn und Kraft ist.

Wie uns noch gemeldet wird, soll morgen in den Betrieben über die Weiterführung des Streiks abgestimmt werden. Es befinden gute Aussichten für die Wiederaufnahme der Arbeit und friedliche Beilegung des Konflikts.

Das preisgegebene Ultimatum

Der Hauptausschuss des Reichstages beschloß sich heute mit dem Bericht des Unterausschusses über die Einführung der Beamten und die Radikalierung des Reichsjobdienstgesetzes. Der Antrag des Unterausschusses wurde wie folgt angenommen:

Der Reichstag ist damit einverstanden, daß die aus dem Ausschuss des Reichsjobdienstes für die Verlehrbarbeiter notwendig gewordene Mittel sowie die sich daraus ergebenden Ausgaben zu zuladen für die Beamten aufgezählt werden. Der Reichstag erkennt sich grundsätzlich damit einverstanden, daß bei der eingeleiteten Radikalierung des Reichsjobdienstgesetzes die Polizei ebenso auch den Landesbehördenanträgen und den im Frühjahr vorgenommenen Einstellungen gegenüber gehalten werden, jenseits dieser mit dem einheitlichen Aufbau der Reichsjobdienstordnung vereinbar ist und die sich ergebenden Vorhabe gegen über.

Der Zentrumsbundesträger Dr. Höfle erklärt, daß er am Ultimatum der Eisenbahner nicht mitgespielt habe. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner lasse durch ihn den Redner erklären, daß nachdem der Finanzminister auf den Boden der Wünsche der Eisenbahner geraten sei und die beiden anderen Bieter des Ultimatums preisgegeben hätten, für sie dieses Ultimatum jedes Vertrauen verloren habe. Der Zentrumsbundesträger erklärt, daß für ihn die leidige Angelegenheit erledigt sei. — Damit ist der Konflikt zwischen Reichsregierung und Eisenbahner beigelegt.

Erst wohnen wieder die beiden Seelen des Herrn von Kahl, die Soße mit dem Reichsstandpunkt und den politischen Reibewind. Aber er weiß einiges Mitteldienst gegen eine allgemeine Amnestie. Aber er weiß, Justiz ist Justiz. Das realistische Vordenkt muss beruhigen, daß hat, wie der Herr Reichsjustizminister ernst bestont, während nicht gegen eine allgemeine Amnestie erhoben und, so sagt der Herr Reichsjustizminister, wie bilden Bayern auf keinen Fall vergewaltigen. Es ist das eine Sache, ob sie bei der gesamten Verwaltung: um etwas unglaublich zu machen, leichter man immer einen andern vor: einmal dieses Meister das andre, einmal das Reich die Länder, das nächste Mal die Länder das Reich. Nur um nichts tun zu müssen und um keine Verantwortung zu tragen.

Dann ergäßt Herr Herzfeld unter dem andächtigen Lauten des Hauses Interess an den Kapp-Tagen. Er beleuchtet mit treulicher Ironie die Einerlei-Aufreis-Ordnung des damaligen Würdenträgers Schiffer und betont immer wieder, daß in den Verhandlungen der gleichberechtigten Reichstruppen Ebert-Regierung-Kapp-Diktatur nur auf das Faß der Amnestie verzweigt wurde. Die Demokraten und besonders die Kämpfende Clara Zetkin finden in einer ausgesprochenen Rede das richtige Wort: interne Bürgerliche Masse, die in den Kapp-Tagen schwungvoll geworden ist.

Und folgt, ist baneblich. Beim Haushalt des Reichswehrministeriums zeigt Genosse Schöpplin eine unglaubliche Handhabung dieses Staates, daß man sich an den Kopf greift und verwendet, fragt, haben denn in Deutschland nunmehr die Männer das Wort? (Wenn man allerdings die labne und lädeliche Frau nicht Gehör gebt hat, heißt man diese Arme nicht mehr, ob man Interesse weinen soll; das logenname Hunderttausend-Mann-Heer hat ja nicht weniger als 42 000 Werke, im Reichswehrministerium und 22 Obersten als Oberbefehlshaber und 92 Staatsräte als Referenten sitzt um.) Es ist unglaublich — wenn man über Reden, daß sich allein um das Wort des Redners, an dem Genosse Schöpplin diese unmöglichsten Sünden tun, mehr als 20 höhere Offiziere im Schmuck ihrer kaiserlichen Uniformen und Orden bestätigungslos beruhreden, dann glaubt man ein böswilliges Grinsen auf ihren Gesichtern zu sehen.

kleinere Vorlagen und der Rest des Reichshaushalts werden nach Stundenlangen Aufsprache erledigt. Das Amnestiegesetz wird mit allen gegen die deutsch-nationalen Stimmen angenommen.